Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4137**

17. Wahlperiode 08. 12. 2010

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sabine Zimmermann, Jutta Krellmann, Diana Golze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/3724 –

Fakten zum sogenannten Jobwunder

Vorbemerkung der Fragesteller

Die offizielle Arbeitslosenstatistik vermeldete im Oktober dieses Jahres weniger als drei Millionen Menschen. Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales Dr. Ursula von der Leyen ließ es sich nicht nehmen, diese Arbeitsmarktzahlen höchst persönlich und einen Tag früher als üblich zu verkünden. Sie sprach von einem „großen Erfolg“ und den besten Zahlen seit den frühen 90er-Jahren. Für den Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Rainer Brüderle ist der deutsche Arbeitsmarkt sogar „auf der Schnellstraße zur Vollbeschäftigung“.

Während die Bundesregierung ein „Jobwunder“ feiert, weisen kritische Vertreter der Wissenschaft auf die beschränkte Aussagekraft der offiziellen Arbeitslosenstatistik hin, Gewerkschaften kritisieren den Boom prekärer Beschäftigung. Eine ehrliche Bilanz zur Arbeitsmarktentwicklung seit Anfang der 90er-Jahre sowie über den Zeitraum der letzten Wirtschaftskrise erfordert es, umfassend auf diese Kritik und Aspekte einzugehen.

Anmerkung: Im Folgenden werden meist Vergleichsdaten für die Oktobermonate der Jahre 1992, 2005, 2008 und 2010 abgefragt. Sollten keine aktuellen Daten für den Oktober 2010 vorliegen, wird darum gebeten, den letzten verfügbaren Monatsdaten dieses Jahres die entsprechenden Monatsdaten der Jahre 1992, 2005, 2008 gegenüberzustellen. Soweit für einzelne Monate keine Daten vorliegen, wird darum gebeten, entsprechende Jahreszahlen heranzuziehen.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Für die Bundesregierung geht es nicht darum, bestimmte Ereignisse am Arbeitsmarkt „zu feiern“, sondern aus Fakten und Entwicklungen die richtigen Schlussfolgerungen für künftige politische Entscheidungen abzuleiten. Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt ist nach ihrer Auffassung keinesfalls ein wundersames Zufallsprodukt, sondern vielmehr das Ergebnis richtiger Arbeitsmarktreformen sowie eines klugen und vorausschauenden Krisenmanagements von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften. Die Bezeichnung der deutschen

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 7. Dezember 2010 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Arbeitsmarktentwicklung während und im direkten Anschluss an die Wirtschaftskrise als „Jobwunder" ist vornehmlich im Ausland geprägt worden. So hat zum Beispiel der Internationale Währungsfonds schon im Frühjahr dieses Jahres im Rahmen der regelmäßigen Konsultationen mit der Bundesrepublik Deutschland diesen Ausdruck benutzt.

1. Ist die Bundesregierung der Ansicht, dass wir gegenwärtig ein Jobwunder erleben, und wenn ja, worauf begründet sich dieses?

Die Zahl der arbeitslosen Menschen in Deutschland hatte im Oktober 2010 mit 2,945 Millionen wie zuletzt im Herbst 2008 die Drei-Millionen-Grenze unterschritten. Gleichzeitig steigen Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung kontinuierlich an. Das ist eine positive Entwicklung, die in dieser Ausprägung noch vor einem Jahr nicht absehbar war. Insgesamt ist es in Deutschland gelungen, die Auswirkungen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt vom Einbruch auf den Gütermärkten zu entkoppeln. Die Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt, die seit 2005 erzielt wurden, wurden folglich durch die Krise nicht aufgezehrt. So war es möglich, dass sich die Impulse des erneuten Aufschwungs auch am Arbeitsmarkt rasch niederschlagen konnten. Andere Industrieländer waren in diesem Zusammenhang wesentlich weniger erfolgreich. Diese bemerkenswerte Entwicklung in unserem Land findet daher auch international große Anerkennung. So hat nicht nur – wie eingangs schon angesprochen – der IWF den Begriff „German labor market miracle" geprägt. Auch die OECD hebt in ihrem jüngsten Beschäftigungsausblick hervor, dass sich in Deutschland, anders als in den meisten anderen OECD-Ländern, die Lage auf dem Arbeitsmarkt in den vergangenen Monaten weiter entspannt hat und die Arbeitslosenquote (nach ILO-Standard) nun deutlich unter dem OECD-Schnitt liegt.

Die Bundesregierung sieht keine Veranlassung, sich auf dem Erreichten auszuruhen. Sie hält aber fest, dass insbesondere die gute Zusammenarbeit von Politik und Sozialpartnern zu den aktuellen positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt beigetragen hat. Erfolgsfaktoren waren in der Krise eine intelligente betriebliche Arbeitszeit- und Lohnpolitik, die Konjunkturpakete sowie die Ausweitung der Kurzarbeit. Sie führten dazu, dass die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts nicht in gleicher Intensität folgte und damit Einbrüche bei den Beschäftigtenzahlen verhindert werden konnten. Es ist der Wille der Bundesregierung, diesen Kurs fortzusetzen.

2. Ab welcher Arbeitslosenquote kann man nach Ansicht der Bundesregierung von Vollbeschäftigung sprechen?

Es gibt keine allgemein gültige Definition von Vollbeschäftigung. Eine in der Volkswirtschaft gängige Definition spricht von Vollbeschäftigung, wenn eine Arbeitslosenquote von 2 bis 4 Prozent besteht. Es gibt in der Wissenschaft auch die Auffassung, dass erst dann Vollbeschäftigung erreicht ist, wenn es nur friktionelle Arbeitslosigkeit gibt, die durch Arbeitsuche entsteht. Die natürliche Dynamik des Arbeitsmarktes führt zur Auflösung von Beschäftigungsverhältnissen und neuen offenen Stellen, die durch geeignete Arbeitsuchende besetzt werden müssen. Die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz benötigt eine gewisse Zeit, weshalb eine begrenzte Dauer der Arbeitslosigkeit kaum vermeidbar ist. Strukturelle Arbeitslosigkeit oder Langzeitarbeitslosigkeit gibt es nach dieser Definition im Zustand von Vollbeschäftigung hingegen nicht. Die genaue Höhe bzw. der Anteil der friktionellen Arbeitslosigkeit lässt sich allerdings schwer bestimmen. Die Arbeitslosenquote, die durch friktionelle Arbeitslosigkeit bei Vollbeschäftigung entsteht, variiert mit der notwendigen Dauer eines nachhaltigen Ausgleichs von Arbeitsangebot und -nachfrage.

3. In welchen Phasen der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland herrschte nach Ansicht der Bundesregierung bisher Vollbeschäftigung?

In den Jahren 1959 bis 1974 lag die Arbeitslosenquote (bezogen auf abhängig zivile Erwerbspersonen) im Jahresdurchschnitt unter 3 Prozent. Legt man entsprechend den Ausführungen zu Frage 2 eine Quote auf diesem Niveau als Indikator für Vollbeschäftigung zugrunde und nimmt an, dass zu dieser Zeit keine oder nur geringe Langzeitarbeitslosigkeit vorlag (Informationen zur Dauer der Arbeitslosigkeit sind für diesen Zeitraum nicht verfügbar), so könnte folglich für diese Jahre von Vollbeschäftigung gesprochen werden.

4. Gibt es einzelne Regionen der Bundesrepublik Deutschland, in denen nach Ansicht der Bundesregierung derzeit oder in naher Zukunft Vollbeschäftigung herrscht?

Im November 2010 lag die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, in keinem Bundesland unter 3 Prozent. In Bayern liegt sie mit 3,8 Prozent knapp unter der in der Antwort zu Frage 2 genannten Obergrenze, und in Baden-Württemberg kommt sie mit 4,3 Prozent diesem Wert immerhin sehr nahe. Da allerdings auch in diesen Bundesländern Personen länger als ein Jahr arbeitslos sind, kann nicht davon ausgegangen werden, dass hier ausschließlich friktionelle Arbeitslosigkeit vorliegt.

5. Inwiefern ist es nach Ansicht der Bundesregierung sinnvoll, die derzeitige Arbeitsmarktlage mit der zu Beginn der 90er-Jahre zu vergleichen?

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist einer ständigen Dynamik und den verschiedensten Einflüssen unterworfen, die die Vergleichbarkeit über die Zeit erschweren. Für einen sachgerechten langfristigen Vergleich der derzeitigen Arbeitsmarktlage, konkret der Arbeitslosenzahl, mit der zu Beginn der 1990er-Jahre sollten insbesondere zwei Faktorenbündel berücksichtigt werden, die Einfluss auf die Arbeitslosenzahlen haben: Zum einen sind dies Veränderungen im statistischen Arbeitssystem, das sich aus den Definitionen und den Erhebungsmethoden der Arbeitslosenstatistik zusammensetzt, und zum anderen Veränderungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Dabei sind die Grenzen zwischen diesen beiden Faktorenbündeln fließend und die Zuordnung nicht immer eindeutig.

In dem Methodenbericht der Bundesagentur für Arbeit (BA) „Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung“ findet sich eine Darstellung der Messung der Arbeitslosigkeit und eine Zusammenstellung von Gesetzes- und Weisungsänderungen mit Auswirkungen auf die Arbeitslosenzahl. Neben solchen gesetzlichen Änderungen, wie beispielsweise der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende zum 1. Januar 2005, sind Änderungen im arbeitsmarktpolitischen Instrumentarium und auch im Einsatzvolumen der Arbeitsmarktpolitik zu berücksichtigen, die Einfluss auf die Arbeitslosenzahl hatten und die die Transparenz der Unterbeschäftigung deutlich erhöht haben. So hat es Anfang der 1990er-Jahre beispielsweise Altersübergangsgeld und Vorruhestandsgeld gegeben, 2003 wurde die so genannte Ich-AG eingeführt, und ab 2005 wurden neu die Arbeitsgelegenheiten im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) eingesetzt.

Die differenzierte Berichterstattung über Arbeitslosigkeit, den Einsatz aktiver Arbeitsmarktpolitik sowie Unterbeschäftigung durch die Statistik der BA ermöglicht es, Änderungen bei der Interpretation weitgehend zu berücksichtigen. Mit der Unterbeschäftigungsrechnung (vgl. hierzu auch die Antwort zu Frage 6) werden sinnvolle und aussagekräftige Zeitreihenvergleiche möglich gemacht,

die ergänzend zu den Arbeitslosenzahlen herangezogen werden können und so eine umfassende Beurteilung der aktuellen Arbeitsmarktlage ermöglichen.

6. Wie hoch war die offiziell registrierte Arbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung in den Oktobermonaten der Jahre 1992, 2005, 2008 und 2010 (bitte jeweils einzeln absolut wie relativ angeben für den Bund, nach dem Gebiet der neuen und alten Bundesländer sowie den einzelnen Bundesländern)?

In der Unterbeschäftigungsrechnung werden zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch die Personen erfasst, die statistisch nicht als arbeitslos im Sinne des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III) erfasst werden, weil sie Teilnehmer an einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik oder in einem arbeitsmarktbedingten Sonderstatus (wie z. B. kurzfristige Arbeitsunfähigkeit) sind. Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die in der Messung der Unterbeschäftigung einbezogen werden, werden laufend den Änderungen des Instrumentariums angepasst: In zurückliegenden Statistiken sind deshalb Maßnahmen berücksichtigt, die es heute nicht mehr gibt. In dem Methodenbericht der BA „Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung" ist das Konzept der Unterbeschäftigung ausführlich beschrieben.

Die Angaben zur Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind in der nachfolgenden Tabelle enthalten. Für das Jahr 1992 liegen Informationen zur Unterbeschäftigung lediglich als Jahresdurchschnittswert und für Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland vor. Die Daten zur Unterbeschäftigung (einschließlich Kurzarbeit) für Oktober 2010 liegen erst später vor, da es für diesen Monat noch keine Informationen zur Kurzarbeit gibt. Bis 2007 ist es nicht möglich, Daten zur Kurzarbeit nach Bundesländern auszuwerten.

Tabelle 1: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

Region	Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung		
	Arbeitslosigkeit	Unterbeschäftigung [1]	Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit
	Jahresdurchschnitt 1992 [2]		
Deutschland	2.978.570	5.161.221	4.880.064
Westdeutschland	1.699.273	2.220.698	2.135.041
Ostdeutschland	1.279.297	2.940.523	2.745.023
Schleswig-Holstein	80.737	-	-
Hamburg	57.441	-	-
Niedersachsen	249.792	-	-
Bremen	31.532	-	-
Nordrhein-Westfalen	580.473	-	-
Hessen	136.825	-	-
Rheinlad-Pfalz	88.985	-	-
Saarland	38.294	-	-
Baden-Württemberg	191.970	-	-
Bayern	243.224	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	163.163	-	-
Brandenburg	182.342	-	-
Berlin	207.058	-	-
Sachsen	316.512	-	-
Sachsen-Anhalt	217.474	-	-
Thüringen	192.748	-	-
	Oktober 2005 [2]		
Deutschland	4.555.075	5.881.415	5.829.201
Westdeutschland	3.098.607	3.926.170	3.882.495
Ostdeutschland	1.456.468	1.955.245	1.946.706
Schleswig-Holstein	148.542	-	187.476

Region	Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung		
	Arbeitslosigkeit	Unterbeschäftigung [1)]	Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit
Hamburg	99.191	-	129.597
Niedersachsen	429.481	-	531.274
Bremen	49.782	-	63.023
Nordrhein-Westfalen	1.039.404	-	1.243.368
Hessen	291.156	-	354.026
Rheinlad-Pfalz	164.608	-	215.462
Saarland	50.010	-	65.956
Baden-Württemberg	371.016	-	484.378
Bayern	455.417	-	607.935
Mecklenburg-Vorpommern	154.814	-	218.389
Brandenburg	219.201	-	289.878
Berlin	304.042	-	394.109
Sachsen	365.455	-	486.308
Sachsen-Anhalt	224.355	-	307.427
Thüringen	188.601	-	250.595
Oktober 2008			
Deutschland	2.996.892	4.073.104	4.044.662
Westdeutschland	1.989.855	2.671.717	2.647.884
Ostdeutschland	1.007.037	1.401.388	1.396.778
Schleswig-Holstein	100.130	131.771	131.296
Hamburg	70.728	96.517	96.369
Niedersachsen	278.760	374.273	371.578
Bremen	35.035	46.854	46.757
Nordrhein-Westfalen	719.583	916.568	907.757
Hessen	191.916	246.643	244.531
Rheinlad-Pfalz	106.832	146.885	144.865
Saarland	34.146	48.127	47.896
Baden-Württemberg	215.674	305.752	302.086
Bayern	237.051	358.327	354.749
Mecklenburg-Vorpommern	109.174	154.408	154.264
Brandenburg	157.577	213.019	212.150
Berlin	219.350	304.117	303.694
Sachsen	248.459	344.301	343.084
Sachsen-Anhalt	153.653	219.480	218.885
Thüringen	118.824	166.063	164.701
Oktober 2010 [3)]			
Deutschland	2.945.491	...	4.060.237
Westdeutschland	2.043.457	...	2.783.851
Ostdeutschland	902.034	...	1.276.385
Schleswig-Holstein	97.579	...	133.310
Hamburg	70.546	...	101.390
Niedersachsen	273.916	...	372.815
Bremen	37.922	...	51.115
Nordrhein-Westfalen	735.624	...	965.106
Hessen	183.601	...	244.617
Rheinlad-Pfalz	108.433	...	150.287
Saarland	35.500	...	48.898
Baden-Württemberg	244.699	...	341.679
Bayern	255.637	...	374.643
Mecklenburg-Vorpommern	95.455	...	138.666
Brandenburg	131.283	...	184.487
Berlin	219.388	...	300.045
Sachsen	223.128	...	308.838
Sachsen-Anhalt	134.073	...	201.197
Thüringen	98.707	...	143.220

Erstellungsdatum: 16.11.2010, Statistik 524 © Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1)] Daten zur Kurzarbeit liegen erst später vor.

[2)] Nach Bundesländern liegen die gewünschten Informationen nicht/nur teilweise vor.

[3)] Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit): vorläufige Daten

Als relatives Maß der registrierten Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung kann die Arbeitslosenquote bzw. die Unterbeschäftigungsquote angesehen werden (vgl. Tabelle 2). Die Datenlage ist etwas eingeschränkt. Außer für das gesamte Bundesgebiet liegen Arbeitslosenquoten für 1992 nur auf Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen vor. Danach ist auch der Ausweis für alle zivilen Erwerbspersonen möglich. Der Ausweis einer Unterbeschäftigungsquote ist erst für Oktober 2008 möglich. Die dargestellte Unterbeschäftigungsquote ist ohne Kurzarbeit, da diese Informationen erst verzögert anfallen und ein Ausweis für Oktober 2010 sonst nicht möglich wäre.

Tabelle 2: Arbeitslosen- und Unterbeschäftigungsquoten

Region/Bundesland	Jahresdurchschnitt 1992 [1]			Oktober 2005			Oktober 2008			Oktober 2010		
	Arbeitslosenquote bezogen auf…		Unterbe-schäftigungs-quote	Arbeitslosenquote bezogen auf…		Unterbe-schäftigungs-quote	Arbeitslosenquote bezogen auf…		Unterbe-schäftigungs-quote [2]	Arbeitslosenquote bezogen auf…		Unterbe-schäftigungs-quote [2]
	alle ziv. EP	abh. ziv. EP		alle ziv. EP	abh. ziv. EP		alle ziv. EP	abh. ziv. EP		alle ziv. EP	abh. ziv. EP	
Deutschland	7,7	8,5	-	11,0	12,2	-	7,2	8,0	9,6	7,0	7,8	9,5
Westdeutschland	-	6,4	-	9,4	10,5	-	6,0	6,7	7,9	6,1	6,8	8,2
Ostdeutschland	-	14,4	-	16,9	18,7	-	11,8	13,2	16,1	10,7	11,9	14,9
Schleswig-Holstein	-	7,2	-	10,6	12,0	-	7,1	8,0	9,2	6,8	7,7	9,2
Hamburg	-	7,9	-	11,4	13,0	-	7,9	9,1	10,6	7,6	8,8	10,8
Niedersachsen	-	8,1	-	10,9	12,2	-	7,0	7,8	9,3	6,9	7,6	9,2
Bremen	-	10,7	-	15,7	17,2	-	10,9	12,0	14,3	11,7	12,9	15,6
Nordrhein-Westfalen	-	8,0	-	11,8	13,0	-	8,0	8,9	10,0	8,2	9,0	10,6
Hessen	-	5,5	-	9,5	10,7	-	6,2	7,0	7,8	5,9	6,6	7,8
Rheinlad-Pfalz	-	5,7	-	8,1	9,1	-	5,1	5,8	6,9	5,2	5,8	7,1
Saarland	-	9,0	-	10,0	11,0	-	6,7	7,4	9,3	7,0	7,7	9,6
Baden-Württemberg	-	4,4	-	6,8	7,6	-	3,9	4,4	5,4	4,4	4,9	6,1
Bayern	-	4,9	-	7,0	8,0	-	3,6	4,1	5,3	3,8	4,4	5,5
Mecklenburg-Vorpommern	-	16,8	-	17,5	19,0	-	12,5	13,7	17,3	11,1	12,2	15,8
Brandenburg	-	14,8	-	16,4	17,9	-	11,7	13,0	15,5	9,8	10,9	13,6
Berlin	-	12,4	-	18,1	20,7	-	13,0	15,2	17,8	12,8	15,0	17,3
Sachsen	-	13,6	-	16,6	18,3	-	11,5	12,8	15,6	10,5	11,6	14,3
Sachsen-Anhalt	-	15,3	-	17,6	19,0	-	12,3	13,5	17,2	11,1	12,0	16,4
Thüringen	-	15,4	-	15,4	16,8	-	9,9	10,9	13,5	8,3	9,2	11,9

Erstellungsdatum: 16.11.2010, Statistik 524 © Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] Arbeitslosenquoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen liegen außer für Deutschland erst nach 1992 vor.

[2] Unterbeschäftigungsquote berechnet mit Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit, da diese Daten für Oktober 2010 noch nicht vorliegen.

7. Wie hat sich seit 2005 bis heute der Anteil der Arbeitslosigkeit an der Unterbeschäftigung entwickelt (bitte jährliche Daten angeben für den Bund sowie die neuen und alten Bundesländer)?

Der Anteil der registrierten Arbeitslosen an der Unterbeschäftigung hat sich seit 2005 jahresdurchschnittlich von 79,4 auf 70,1 Prozent verändert (vgl. Tabelle 3). Im Jahr 2009 hat die Unterbeschäftigung wie die Arbeitslosigkeit zugenommen. Im Jahr 2010 ist dagegen für beide Bereiche eine deutliche Abnahme zu verzeichnen. Insbesondere durch die starke Inanspruchnahme der Kurzarbeit fiel die Zunahme der Unterbeschäftigung in 2009 stärker aus. Dadurch hat sich der Anteil der registrierten Arbeitslosen an der Unterbeschäftigung von 2008 auf 2009 von 74,8 auf 70,1 Prozent verringert. Betrachtet man die Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit wäre der Anteil der registrierten Arbeitslosen an der Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) zwischen 2008 und 2009 praktisch unverändert geblieben.

Tabelle 3: Anteil der Arbeitslosigkeit an der Unterbeschäftigung

Jahr (JD)	**Deutschland**			**Westdeutschland**			**Ostdeutschland**		
	Arbeitslosigkeit nach § 16 SGB III	**Unterbeschäftigung**		**Arbeitslosigkeit nach § 16 SGB III**	**Unterbeschäftigung**		**Arbeitslosigkeit nach § 16 SGB III**	**Unterbeschäftigung**	
	insgesamt	insgesamt	Anteil Sp.1 an Sp.2	insgesamt	insgesamt	Anteil Sp.4 an Sp.5	insgesamt	insgesamt	Anteil Sp.7 an Sp.8
			in %			in %			in %
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
2005	4.860.880	6.125.013	79,4	3.246.727	4.055.214	80,1	1.614.153	2.070.464	78,0
2006	4.487.233	5.817.739	77,1	3.007.086	3.852.386	78,1	1.480.140	1.965.379	75,3
2007	3.776.509	4.998.704	75,5	2.485.871	3.276.634	75,9	1.290.637	1.722.069	74,9
2008	3.267.907	4.370.188	74,8	2.144.651	2.858.569	75,0	1.123.256	1.511.619	74,3
2009	3.423.283	4.886.147	70,1	2.320.209	3.359.291	69,1	1.103.074	1.523.125	72,4

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

8. Wie hoch war bzw. ist in den Jahren 1992, 2005, 2008 und 2010 die geschätzte stille Reserve?

Schätzungen zur stillen Reserve werden vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vorgenommen. Nach dem IAB-Konzept macht die Stille Reserve genau den Unterschied zwischen registrierter Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung aus. Allerdings berechnen das IAB und die Statistik der BA die Unterbeschäftigung nach unterschiedlichen Konzepten. Während bei der BA-Statistik im Mittelpunkt steht, um wie viele Personen die registrierte Arbeitslosigkeit durch Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik entlastet wird, fußt die Unterbeschäftigung im IAB-Konzept auf der Arbeitsmarktbilanz. Dabei ergibt die Gegenüberstellung von maximalem Arbeitsangebot (dem Erwerbspersonenpotenzial) und der gedeckten Arbeitsnachfrage (der Erwerbstätigkeit) eine positive Differenz – die Unterbeschäftigung. Beschäftigung schaffende Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, z. B. Ein-Euro-Jobs, zählen zur Erwerbstätigkeit. Um in der Bilanz eine Doppelerfassung zu vermeiden, gelten alle Personen auf dem Zweiten Arbeitsmarkt nicht als unterbeschäftigt. Die stille Reserve hat an Bedeutung verloren. Insbesondere gibt es nur noch wenige Personen, die, ohne bei einer Arbeitsagentur registriert zu sein, eine Arbeit aufnehmen würden, wenn sich die Chance dafür bietet.

Tabelle 4: Entwicklung der geschätzten stillen Reserve

Gebiet	Stille Reserve (in 1.000 Personen)			
	1992	2005	2008	2010 (Prog.)
Deutschland	**2.136**	**1.418**	**1.195**	**943**

Quelle: BA, IAB

9. Wie hoch waren absolut das Erwerbspersonenpotenzial sowie die Erwerbsquote in den Oktobermonaten der Jahre 1992, 2005, 2008 und 2010 (bitte Zahlen nennen für den Bund sowie nach neuen und alten Bundesländern)?

Tabelle 5 stellt die Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials in der vom IAB getroffenen Abgrenzung dar (15- bis 74-Jährige, nur Jahreswerte verfügbar). Über Jahrzehnte konnte der angebotssenkende demografische Effekt durch einen Anstieg der Erwerbsneigung bzw. durch Zuwanderungen überkompensiert werden. Seit 2006 ist dies nicht mehr der Fall; die kräftigen Geburtenrückgänge während der Nachwende-Zeit in Ostdeutschland schlagen auf die Entwicklung des Arbeitsangebots auf Bundesebene durch. Im Westen hat der Rückgang des Potenzials gerade eingesetzt – die Effekte werden sich in den kommenden Jahren noch verstärken.

Tabelle 5: Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials in ausgewählten Jahren

Gebiet	Erwerbspersonenpotenzial (in 1.000 Personen)			
	1992	2005	2008	2010 (Prog.)
West	33.895	35.931	36.051	36.102
Ost	9.495	8.728	8.605	8.444
Insgesamt	**43.390**	**44.659**	**44.657**	**44.546**

Quelle: IAB

Bis einschließlich 2005 West mit Westberlin, dann ohne Berlin;

Ost mit Ostberlin, dann mit Berlin.

Hinsichtlich der Erwerbsquoten weist das Statistische Bundesamt keine monatlichen Daten aus. Auf Basis des Mikrozensus sind ausschließlich jährliche Daten verfügbar. Darüber hinaus liegen noch keine Ergebnisse aus dem Mikro-

zensus für das Jahr 2010 vor, sodass alternativ 2009 ausgewiesen wird. Die Erwerbsquoten der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren sind in nachstehender Tabelle aufgeführt. Es wird an dieser Stelle auf diese Altersabgrenzung zurückgegriffen, weil sie auch im Bericht der Bundesregierung gemäß § 154 Absatz 4 SGB VI zur Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre sowie auf europäischer Ebene im Rahmen der EU-2020-Strategie zugrunde gelegt wird. Es kann damit kein direkter Bezug zwischen dem oben ausgewiesenen Erwerbspersonenpotenzial und den Erwerbsquoten in Tabelle 6 hergestellt werden.

Tabelle 6: Entwicklung der Erwerbsquote (der 20- bis unter 65-Jährigen)*

Land	1992	2005 1)	2008	2009
in %				
Deutschland	*75,1*	78,0	79,8	80,2
Nachrichtlich:				
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	*72,3*	77,3	79,4	79,7
Neue Länder einschl. Berlin	*78,0*	80,3	81,7	82,2

*) Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose gemäß ILO-Konzept) an der Bevölkerung je Region.
1) Ab 2005 Jahresdurchschnitt.
Quelle: Mikrozensus, Destatis

10. Welchen Einfluss auf das Erwerbspersonenpotenzial haben seit Beginn der 90er-Jahre bis heute die Zu- bzw. Fortzüge nach bzw. aus Deutschland gehabt?

Diese Wanderungseffekte auf das Erwerbspersonenpotenzial lassen sich nicht quantifizieren. Die reine Kumulation der Wanderungseffekte der einzelnen Jahre etwa berücksichtigt nicht, dass aus Wanderungsströmen sekundäre Effekte entstehen. Darunter versteht man die Effekte, die in den Jahren nach dem Zu- oder Fortzug auftreten, so z. B. der Renteneintritt einer zugezogenen, bis dahin erwerbstätigen Person im Betrachtungszeitraum. Weitere sekundäre Effekte ergeben sich aus der Fertilität und der Mortalität der Zuwanderer. Solche biografischen Veränderungen lassen sich aber nicht hinreichend genau verfolgen – insbesondere nicht bei langen Zeiträumen, über die aber die sekundären Effekte immer mehr an Bedeutung gewinnen.

11. Welchen Einfluss zur Entlastung des Arbeitsmarktes bzw. zur Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials seit 2005 bis heute misst die Bundesregierung der demographischen Entwicklung zu (bitte jährliche Zahlen nennen für den Bund sowie nach neuen und alten Bundesländern)?

Der langfristigen IAB-Potenzialrechnung zufolge ist das Erwerbspersonenpotenzial zwischen 2005 und 2010 um rund 110 000 Personen geschrumpft (vgl. Tabelle 5 zu Frage 9). Der Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials wäre deutlich höher ausgefallen, wenn der demografische Effekt nicht durch eine Erhöhung der Erwerbsneigung und einen positiven Wanderungssaldo teilweise kompensiert worden wäre. Statt um 110 000 Personen wäre das Potenzial nach den IAB-Berechnungen um fast 800 000 gesunken (Tabelle 7). Der demografische Effekt lässt sich nach Angaben des IAB nicht für einzelne Jahre bestimmen, da sich die Effekte gegenseitig beeinflussen.

Tabelle 7: Demografischer Effekt auf das Erwerbspersonenpotenzial (in 1.000 Personen), 2005–2010

Gebiet	2005-2010
West	-545
Ost	-252
Insgesamt	**-796**

Quelle: IAB

12. Wie viele Erwerbstätige gab es jeweils in den Oktobermonaten der Jahre 1992, 2005, 2008 und 2010?

    Wie viele waren davon selbständig, wie viele in einer unbefristeten sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung, und wie viele in einem atypischen Beschäftigungsverhältnis: befristete Beschäftigung, Teilzeit, geringfügig und in Leiharbeit (bitte insgesamt für den Bund, nach neuen und alten Bundesländern sowie Geschlecht aufgliedern)?

Die Angaben zu den Erwerbstätigen in der gewünschten Differenzierung können der nachfolgenden Tabelle 8 entnommen werden. Der Differenzierung des Statistischen Bundesamtes von Beschäftigungsverhältnissen in Normalarbeitsverhältnisse und sogenannte atypische Beschäftigungsverhältnisse liegt als Datenbasis der Mikrozensus zugrunde. Dieser stellt eine Stichprobenbefragung dar, deren Ergebnisse jeweils als Jahresdurchschnittswerte verfügbar sind. Die Auswertungen des Statistischen Bundesamtes zu Normalarbeitsverhältnissen und atypischen Beschäftigungsverhältnissen erfolgen für die Gruppe der sogenannten Kernerwerbstätigen. Zu den Kernerwerbstätigen zählen alle Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 64 Jahren, ohne Personen in Bildung oder Ausbildung und ohne Zeit- und Berufsoldatinnen und -soldaten sowie Grundwehr- und Zivildienstleistende. Aufgrund dieser Abgrenzung fallen die Zahlen grundsätzlich geringer aus. So gab es 2009 auf Basis des Mikrozensus insgesamt 38,662 Millionen Erwerbstätige, davon zählten gemäß Tabelle 8 34,629 Millionen zu den Kernerwerbstätigen.

Des Weiteren wird nur für die Hauptbeschäftigung die Art der Tätigkeit näher erfasst. Darüber hinaus ist bei den folgenden Analysen zu beachten, dass zwischen den einzelnen Formen sog. atypischer Beschäftigung Überschneidungen möglich sind – beispielsweise kann eine Person gleichzeitig befristet und teilzeitbeschäftigt sein. Die Summe der Personen in den einzelnen Formen sog. atypischer Beschäftigung ist somit größer als die Gesamtzahl der hauptsächlich sog. atypisch Beschäftigten.

Grundsätzlich liegen Informationen zur sog. atypischen Beschäftigung im Rahmen des Mikrozensus nur für Zeiträume ab 1996 vor. Die hier dargestellten Ergebnisse zur sog. atypischen Beschäftigung in 1996, 2005 und den Folgejahren sind nur eingeschränkt miteinander vergleichbar. Gründe hierfür sind vor allem die unterschiedliche Erhebungsmethodik (bis einschließlich 2004 beruhen die Ergebnisse auf einer Berichtswoche im Frühjahr, danach wird der Jahresdurchschnitt abgebildet) und die Erfassung der Zeitarbeiter. Da Zeitarbeit im Mikrozensus erst seit 2006 auf Basis einer freiwilligen Frage (ohne Auskunftspflicht) erhoben wird, sind die Zeitarbeiter auch erst ab 2006 in den Ergebnissen der sog. atypisch Beschäftigten integriert. Die Zahl der sog. atypisch Beschäftigten weist aus diesem Grund einen Bruch auf.

Tabelle 8: Erwerbstätige ohne Personen in Bildung oder Ausbildung im Alter von 15–64 Jahren[1)] nach Art der Erwerbstätigkeit (in 1 000)

Jahr	Gegenstand der Nachweisung	Erwerbstätige ohne Personen in Bildung oder Ausbildung im Alter von 15-64 Jahren 1)								
		Insgesamt	darunter							
			Selbständige	Abhängig Beschäftigte						
				zusammen	davon					
					in einem Normal-arbeits-verhältnis	atypisch Beschäftigte				
						zusammen	darunter			
							befristet Beschäftigte	Teilzeitbe-schäftigte	geringfügig Beschäftigte	Zeitarbeit-nehmer 2)
1996	**Insgesamt**	**33.034**	**3.205**	**29.523**	**24.663**	**4.861**	**1.770**	**3.190**	**1.099**	**-**
	Männlich	18.820	2.341	16.438	15.257	1.181	908	267	168	-
	Weiblich	14.215	864	13.085	9.405	3.680	862	2.923	931	-
	Westdeutschland	26.029	2.627	23.110	19.189	3.922	1.095	2.891	1.005	-
	Ostdeutschland	7.005	578	6.413	5.474	939	675	299	94	-
2005	**Insgesamt**	**32.962**	**3.802**	**28.831**	**22.084**	**6.747**	**2.394**	**4.679**	**2.425**	**-**
	Männlich	17.989	2.646	15.289	13.548	1.741	1.218	597	452	-
	Weiblich	14.973	1.156	13.543	8.536	5.007	1.176	4.082	1.973	-
	Westdeutschland	26.518	3.144	23.213	17.591	5.622	1.716	4.140	2.084	-
	Ostdeutschland	6.444	658	5.619	4.493	1.126	678	540	341	-
2008	**Insgesamt**	**34.734**	**3.820**	**30.650**	**22.929**	**7.721**	**2.731**	**4.903**	**2.578**	**612**
	Männlich	18.841	2.622	16.178	13.918	2.260	1.352	647	568	425
	Weiblich	15.893	1.198	14.472	9.011	5.462	1.379	4.256	2.010	187
	Westdeutschland	27.868	3.020	24.605	18.247	6.359	2.009	4.288	2.088	483
	Ostdeutschland	6.867	800	6.045	4.682	1.363	722	615	490	129
2009	**Insgesamt**	**34.629**	**3.877**	**30.582**	**22.990**	**7.592**	**2.640**	**4.901**	**2.574**	**560**
	Männlich	18.618	2.659	15.933	13.794	2.139	1.253	648	589	375
	Weiblich	16.012	1.218	14.650	9.197	5.453	1.387	4.253	1.985	185
	Westdeutschland	27.742	3.064	24.519	18.269	6.249	1.922	4.293	2.125	427
	Ostdeutschland	6.888	812	6.063	4.721	1.343	719	607	449	133

1) Ohne Zeit- und Berufssoldat(en/innen) sowie Grundwehr- und Zivildienstleistende
2) Merkmal "Zeitarbeit" wird erst ab 2006 erfasst.
Quelle: Mikrozensus, Destatis

13. Zu welchem Anteil war die Erwerbstätigkeit in den Oktobermonaten der Jahre 1992, 2005, 2008 und 2010 eine selbständige Tätigkeit, eine unbefristete sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung und eine atypische Beschäftigung (bitte die atypische Beschäftigung einzeln aufgliedern sowie insgesamt für den Bund, nach neuen und alten Bundesländern sowie Geschlecht)?

Die gewünschten Angaben können Tabelle 9 entnommen werden. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 12 verwiesen.

Tabelle 9: Erwerbstätige ohne Personen in Bildung oder Ausbildung im Alter von 15–64 Jahren[1)] nach Art der Erwerbstätigkeit (Anteile in Prozent)

Jahr	Gegenstand der Nachweisung	Erwerbstätige ohne Personen in Bildung oder Ausbildung im Alter von 15-64 Jahren [1)]								
		Insgesamt	darunter							
			Selbständige	Abhängig Beschäftigte						
				zusammen	davon					
					in einem Normal-arbeits-verhältnis	atypisch Beschäftigte				
						zusammen	darunter			
							befristet Beschäftigte	Teilzeitbe-schäftigte	geringfügig Beschäftigte	Zeitarbeit-nehmer [2)]
1996	**Insgesamt**	**100**	**9,7**	**89,4**	**74,7**	**14,7**	**5,4**	**9,7**	**3,3**	**-**
	Männlich	100	12,4	87,3	81,1	6,3	4,8	1,4	0,9	-
	Weiblich	100	6,1	92,1	66,2	25,9	6,1	20,6	6,5	-
	Westdeutschland	100	10,1	88,8	73,7	15,1	4,2	11,1	3,9	-
	Ostdeutschland	100	8,3	91,5	78,1	13,4	9,6	4,3	1,3	-
2005	**Insgesamt**	**100**	**11,5**	**87,5**	**67,0**	**20,5**	**7,3**	**14,2**	**7,4**	**-**
	Männlich	100	14,7	85,0	75,3	9,7	6,8	3,3	2,5	-
	Weiblich	100	7,7	90,4	57,0	33,4	7,9	27,3	13,2	-
	Westdeutschland	100	11,9	87,5	66,3	21,2	6,5	15,6	7,9	-
	Ostdeutschland	100	10,2	87,2	69,7	17,5	10,5	8,4	5,3	-
2008	**Insgesamt**	**100**	**11,0**	**88,2**	**66,0**	**22,2**	**7,9**	**14,1**	**7,4**	**1,8**
	Männlich	100	13,9	85,9	73,9	12,0	7,2	3,4	3,0	2,3
	Weiblich	100	7,5	91,1	56,7	34,4	8,7	26,8	12,6	1,2
	Westdeutschland	100	10,8	88,3	65,5	22,8	7,2	15,4	7,5	1,7
	Ostdeutschland	100	11,6	88,0	68,2	19,8	10,5	9,0	7,1	1,9
2009	**Insgesamt**	**100**	**11,2**	**88,3**	**66,4**	**21,9**	**7,6**	**14,2**	**7,4**	**1,6**
	Männlich	100	14,3	85,6	74,1	11,5	6,7	3,5	3,2	2,0
	Weiblich	100	7,6	91,5	57,4	34,1	8,7	26,6	12,4	1,2
	Westdeutschland	100	11,0	88,4	65,9	22,5	6,9	15,5	7,7	1,5
	Ostdeutschland	100	11,8	88,0	68,5	19,5	10,4	8,8	6,5	1,9

1) Ohne Zeit- und Berufssoldat(en/innen) sowie Grundwehr- und Zivildienstleistende
2) Merkmal "Zeitarbeit" wird erst ab 2006 erfasst.
Quelle: Mikrozensus, Destatis

14. Wie würden sich die absoluten Erwerbstätigenzahlen in den Oktobermonaten der Jahre 1992, 2005, 2008 und 2010 ändern, legt man einer Neuberechnung Vollzeitäquivalente zugrunde (sofern eine Beantwortung mit Monatsdaten nicht möglich ist, bitte auf Jahreszahlen ausweichen)?

Die Erwerbstätigkeit in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) gibt an, wie hoch die Erwerbstätigkeit wäre, wenn alle Erwerbstätigen Vollzeit arbeiten würden. Sie standardisiert somit die Erwerbstätigkeit im Hinblick auf die Arbeitszeit, was insbesondere für die geschlechtsspezifische Betrachtung, aber auch für internationale Vergleiche von großer Bedeutung ist.

Methodischer Hinweis: Das IAB berechnet in seiner Arbeitszeitrechnung ein VZÄ, das sich auf die tarifliche bzw. betriebsübliche Arbeitszeit der Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten bezieht. Das VZÄ entspricht somit der Zahl der auf die tarifliche/betriebsübliche Wochenarbeitszeit (Vollzeit) umgerechneten Beschäftigungsverhältnisse. Sie ergeben sich, indem das tarifliche/betriebsübliche Arbeitsvolumen aller Erwerbstätigen durch die Stundenzahl dividiert wird, die tariflich/betriebsüblich im Durchschnitt je Vollarbeitsplatz im Wirtschaftsgebiet geleistet wird.

Der Tabelle 10 ist die Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen absolut und nach VZÄ zu entnehmen (der aktuellste Wert entspricht dem dritten Quartal 2010).

Tabelle 10: Entwicklung der Erwerbstätigkeit absolut und in Vollzeitäquivalenten

	Quartalsdurchschnitt in 1.000			
	3. Quartal 1992	3. Quartal 2005	3. Quartal 2008	3. Quartal 2010
Erwerbstätige absolut	38.049	38.952	40.432	40.654
Erwerbstätige VZÄ	34.431	31.793	32.799	32.820
Differenz	**-3.618**	**-7.159**	**-7.633**	**-7.834**

Quelle: IAB-Arbeitszeitrechnung, Stand: November 2010

Das Auseinanderdriften von Erwerbstätigen absolut und Erwerbstätigen in VZÄ ist hauptsächlich auf die wachsende Bedeutung der Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen. Auch Änderungen bei der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit aller Teilzeitbeschäftigten haben Auswirkungen auf das VZÄ: Bei gleichbleibender Zahl von Erwerbstätigen kann das VZÄ zurückgehen, wenn die Wochenarbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten sinkt. So kam es aufgrund des Anstiegs der geringfügigen Beschäftigung nach dem Inkrafttreten des Zweiten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt zu einem Rückgang der Wochenarbeitszeit aller Teilzeitbeschäftigten. Das Verhältnis von in Teilzeit zu in Vollzeit geleisteten tariflichen/betriebsüblichen Wochenstunden sank auf 36 Prozent. Mittlerweile liegt dieser Anteil mit 39 Prozent wieder auf seinem früheren Niveau.

15. Wie hoch war absolut und relativ die Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland in den Oktobermonaten der Jahre 1992, 2005, 2008 und 2010 (bitte absolute Daten und den Anteil insgesamt für den Bund, nach neuen und alten Bundesländern sowie Geschlecht aufgliedern)?

    Wie bewertet die Bundesregierung diese Zahlen?

Grundlage für die Beantwortung dieser Frage ist die neue Entgeltstatistik der BA. Der Sonderbericht „Beschäftigungsstatistik: Sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte“ der BA informiert u. a. ausführlich über die zugrunde liegende Methodik. Die Basis für die Entgeltstatistik als Teil der Beschäftigungsstatistik der BA bilden die Angaben aus dem Meldeverfahren zur Sozialversicherung, in dem die Arbeitgeber ihre beschäftigten Arbeitnehmer melden. In dieses Verfahren sind alle Arbeitnehmer (einschließlich Auszubildende) einbezogen, die der Kranken- oder Rentenversicherungspflicht oder Versicherungspflicht nach dem SGB III unterliegen. Das „sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelt“ (kurz: Arbeitsentgelt) umfasst alle laufenden oder einmaligen Einnahmen aus einer Beschäftigung.

Die Auswertungen zu den Entgelten werden jeweils nur für Beschäftigte am 31. Dezember eines Jahres durchgeführt (Auswertungen sind derzeit von 1999 bis 2009 möglich). Beim Vorliegen mehrerer Beschäftigungsverhältnisse zum Stichtag 31. Dezember bezieht sich das Entgelt auf die Hauptbeschäftigung, Mehrfachbeschäftigungen bleiben hinsichtlich des Entgelts also unberücksichtigt. Dies bedeutet, dass die Entgeltdaten sich immer nur auf ein Beschäftigungsverhältnis beziehen. Die tatsächlichen Arbeitseinkommen einer Person mit mehreren Beschäftigungen können höher ausgefallen sein.

Bei der Interpretation der durchschnittlichen Bruttomonatsentgelte im Beschäftigungszeitraum von Beschäftigten am 31. Dezember eines Jahres ist zu beachten, dass die Anteile bestimmter Personenkreise an der Gesamtheit der Beschäftigten am 31. Dezember eines Jahres im Vergleich zu ihrem jahresdurchschnittlichen Anteil etwas höher bzw. etwas niedriger ausfallen können. Insofern kann man die Daten zu den im Beschäftigungszeitraum erzielten Entgelten

von Beschäftigten am 31. Dezember eines Jahres nur eingeschränkt als Ersatz für Jahresmittelwerte ansehen.

Als Niedriglohnbeschäftigter oder Geringverdiener gilt im Folgenden, wer als sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigter, der nicht in einem Ausbildungsverhältnis steht, weniger als zwei Drittel des Medianentgelts aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) erzielt (Niedriglohnschwelle). Dies entspricht den von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) international angewendeten Kriterien zur Bestimmung der Niedriglohnschwelle.

Neben der Nutzung einer bundeseinheitlichen Niedriglohnschwelle ist es aufgrund des Lohngefälles zwischen West- und Ostdeutschland auch sinnvoll, die Grenze des Niedriglohnbereichs für beide Landesteile getrennt zu berechnen.

Der nachfolgenden Tabelle sind die Anzahl sowie die Anteile der Niedriglohnbeschäftigten im Bundesgebiet insgesamt sowie differenziert nach neuen und alten Bundesländern und nach Geschlecht zu den Stichtagen 31. Dezember 2005, 31. Dezember 2008 und 31. Dezember 2009 zu entnehmen. Es werden dabei jeweils zwei verschiedene Anteile ausgewiesen: 1. auf Basis einer bundeseinheitlichen Niedriglohnschwelle, 2. auf Basis verschiedener Niedriglohnschwellen für West- und Ostdeutschland.

Tabelle 11: Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung

Arbeitsort	Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) mit Angabe zu Entgelten im Beschäftigungszeitraum														
	insgesamt	darunter: mit Entgelten unter der Niedriglohnschwelle				Männer	darunter: mit Entgelten unter der Niedriglohnschwelle				Frauen	darunter: mit Entgelten unter der Niedriglohnschwelle			
		bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle: 1.706 Euro (2005) 1.768 Euro (2008) 1.784 Euro (2009)		Niedriglohnschwelle West: 1.785 Euro (2005) 1.855 Euro (2008) 1.870 Euro (2009) Niedriglohnschwelle Ost: 1.328 Euro (2005) 1.352 Euro (2008) 1.367 Euro (2009)			bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle: 1.706 Euro (2005) 1.768 Euro (2008) 1.784 Euro (2009)		Niedriglohnschwelle West: 1.785 Euro (2005) 1.855 Euro (2008) 1.870 Euro (2009) Niedriglohnschwelle Ost: 1.328 Euro (2005) 1.352 Euro (2008) 1.367 Euro (2009)			bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle: 1.706 Euro (2005) 1.768 Euro (2008) 1.784 Euro (2009)		Niedriglohnschwelle West: 1.785 Euro (2005) 1.855 Euro (2008) 1.870 Euro (2009) Niedriglohnschwelle Ost: 1.328 Euro (2005) 1.352 Euro (2008) 1.367 Euro (2009)	
		absolut	Anteil an insgesamt in %	absolut	Anteil an insgesamt in %		absolut	Anteil an insgesamt in %	absolut	Anteil an insgesamt in %		absolut	Anteil an insgesamt in %	absolut	Anteil an insgesamt in %
Stichtag 31.12.2005															
Deutschland	**19.288.246**	**4.089.629**	**21,2**	**3.770.632**	**19,5**	**12.291.654**	**1.722.644**	**14,0**	**1.474.720**	**12,0**	**6.996.592**	**2.366.985**	**33,8**	**2.295.912**	**32,8**
Westdeutschland	15.620.984	2.685.076	17,2	2.981.981	19,1	10.230.532	1.003.428	9,8	1.152.597	11,3	5.390.452	1.681.647	31,2	1.829.384	33,9
Ostdeutschland	3.667.262	1.404.553	38,3	788.651	21,5	2.061.122	719.216	34,9	322.123	15,6	1.606.140	685.337	42,7	466.528	29,0
Stichtag 31.12.2008															
Deutschland	**20.335.150**	**4.529.758**	**22,3**	**4.168.382**	**20,5**	**12.968.668**	**1.980.626**	**15,3**	**1.704.644**	**13,1**	**7.366.482**	**2.549.132**	**34,6**	**2.463.737**	**33,4**
Westdeutschland	16.499.855	3.002.143	18,2	3.349.218	20,3	10.771.699	1.179.689	11,0	1.362.424	12,6	5.728.156	1.822.453	31,8	1.986.794	34,7
Ostdeutschland	3.835.295	1.527.615	39,8	819.163	21,4	2.196.969	800.937	36,5	342.221	15,6	1.638.326	726.678	44,4	476.943	29,1
Stichtag 31.12.2009															
Deutschland	**20.026.993**	**4.463.979**	**22,3**	**4.091.980**	**20,4**	**12.707.134**	**1.952.436**	**15,4**	**1.672.085**	**13,2**	**7.319.859**	**2.511.543**	**34,3**	**2.419.895**	**33,1**
Westdeutschland	16.218.079	2.943.822	18,2	3.280.557	20,2	10.531.795	1.151.388	10,9	1.330.535	12,6	5.686.284	1.792.434	31,5	1.950.022	34,3
Ostdeutschland	3.808.914	1.520.157	39,9	811.422	21,3	2.175.339	801.048	36,8	341.550	15,7	1.633.575	719.109	44,0	469.872	28,8

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Die Daten zeigen in den Jahren 2008 und 2009 stabile Werte und gegenüber 2005 einen deutlichen Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung. Dabei hat sich der Anteil des relativen Niedriglohnbereichs nur leicht erhöht. Die Chancen am Arbeitsmarkt zu partizipieren, haben sich also insgesamt verbessert. Im Übrigen ist zu bedenken, dass auch denjenigen, denen aufgrund ihrer geringen Qualifikation nur ein geringer Lohn gezahlt werden kann, Chancen auf eine Erwerbstätigkeit eröffnet werden müssen. Eine Differenzierung des Lohngefüges kann dazu beitragen.

16. Wie viele Beschäftigte haben in den Oktobermonaten der Jahre 1992, 2005, 2008 und 2010 ergänzend zu ihrem Erwerbseinkommen Sozialleistungen bezogen (bitte aufschlüsseln nach geringfügiger Beschäftigung, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Voll- und Teilzeit, Leiharbeit, selbständige Tätigkeiten)?

    Wie bewertet die Bundesregierung diese Zahlen?

Daten zu erwerbstätigen Arbeitslosengeld-II-Beziehern stehen von Januar bis September 2005 und ab Januar 2007 zur Verfügung; die Differenzierung nach sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und nach Wirtschaftszweigen ist erst ab Januar 2007 möglich. Der aktuellste Wert in der gewünschten Differenzierung reicht bis zum März 2010. Entsprechend sind in der nachfolgenden Tabelle Daten für September 2005, Oktober 2008 und März 2010 enthalten.

Tabelle 12: Erwerbstätige Arbeitslosengeld-II-Bezieher nach Art der Erwerbstätigkeit

Zeit	erwerbstätige Alg II-Bezieher	davon [1]									Nachrichtlich: Beschäftigte Alg II-Bezieher mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit in Arbeitnehmer-überlassung	
		abhängig erwerbstätige AlgII-Bezieher	davon							selbständig erwerbstätige AlgII-Bezieher		
			sv-pflichtig Vollzeit		Teilzeit							
			insgesamt	darunter	insgesamt	davon						
				Auszubildende		sv-pflichtig beschäftigt	ausschließlich geringfügig/ ohne Meldung	davon			sv-pflichtig beschäftigt	ausschl. geringfügig
								ausschl. geringfügig	ohne Beschäftigungsmeld.			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Sep. 05	949.905	904.654	x	x	x	x	x	x	x	47.522		
Okt. 08	1.348.729	1.254.090	403.678	64.748	850.413	208.442	641.971	456.398	185.573	101.292	54.537	4.536
Mrz. 10	1.358.541	1.242.242	333.665	49.263	908.577	224.799	683.778	506.966	176.812	125.068	41.833	6.337

[1] Mehrfachnennungen möglich.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Spalten 1 bis 2, 10 ab Dezember 2008 mit zkT-Daten; Spalte 3 bis 9, 11 und 12 hochgerechnet auf alle eHb (einschl. zkT).

Die im Rahmen der Grundsicherungsstatistik verfügbaren Daten zu erwerbstätigen Hilfebedürftigen (Aufstocker) enthalten keine Informationen über die zur Erzielung des Einkommens geleisteten Arbeitsstunden oder den zugrunde liegenden Stundenlohn. Eine Untersuchung des IAB (Kurzbericht 2/2009) kommt allerdings auf Basis des Panels Arbeitsmarkt und soziale Sicherung (PASS) zu der Erkenntnis, dass nur ein kleiner Teil der Aufstocker allein aufgrund eines geringen Lohnsatzes hilfebedürftig ist. In den meisten Fällen ist vielmehr das Arbeitsvolumen zu gering, der Stundenlohn an sich würde bei einer Vollzeitbeschäftigung zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit ausreichen. Die Umstände, die einer Ausweitung der Erwerbstätigkeit entgegenstehen, sind indes vielfältig. Sie reichen je nach Haushaltstyp von gesundheitlichen Einschränkungen über qualifikatorische Defizite bis hin zu unzureichenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten, sodass hier neben der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auch verstärkte Anstrengungen anderer Politikbereiche nötig sind.

17. Wie hoch war die durchschnittliche tatsächliche geleistete wöchentliche Arbeitszeit in den Oktobermonaten der Jahre 1992, 2005, 2008 und 2010 (bitte insgesamt angeben sowie nach Vollzeitbeschäftigung, Teilzeitbeschäftigung, geringfügige Beschäftigung getrennt)?

    Wie unterscheiden sich diese jeweiligen Arbeitszeiten nach Geschlechtern?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Aufgrund unplausibler Ergebnisse bezüglich der Angabe der Arbeitsstunden bei geringfügig Beschäftigten wurden vom Statistischen Bundesamt nicht die Ergebnisse für das Jahr 1992 abgebildet, sondern das Jahr 1996 gewählt. Die Unterscheidung zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung erfolgte sowohl anhand der

Selbsteinschätzung der Befragten, als auch anhand der von ihnen normalerweise geleisteten Arbeitsstunden.

Tabelle 13: Durchschnittliche tatsächlich geleistete wöchentliche Arbeitsstunden (in der Haupttätigkeit) von Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren

		Tatsächlich geleistete Arbeitsstunden pro Woche (Mittelwert)					
		Erwerbstätige insgesamt	... nach Selbsteinschätzung		... normalerweise geleistete Arbeitsstunden		ausschließlich geringfügig Beschäftigte
			Vollzeit	Teilzeit	mehr als 20 Std. pro Woche	weniger als 20 Std. pro Woche	
2009	Männer	36,5	38,4	16,1	38,0	11,6	15,3
	Frauen	27,2	35,7	16,7	33,1	12,6	11,1
	gesamt	32,2	37,5	16,6	36,1	12,4	12,3
2008	Männer	37,8	39,8	16,0	39,4	11,7	17,1
	Frauen	27,7	36,6	17,0	34,0	12,9	12,6
	gesamt	33,2	38,7	16,8	37,3	12,6	13,8
2005	Männer	38,4	40,1	15,3	39,9	12,0	14,0
	Frauen	28,0	36,7	16,6	34,5	12,9	10,9
	gesamt	33,7	39,0	16,4	37,8	12,7	11,6
1996	Männer	40,9	41,8	16	41,7	13	17,1
	Frauen	31,3	38	17,9	36,2	14,3	11,4
	gesamt	36,8	40,5	17,7	39,7	14,1	12,7

Quelle: Mikrozensus, Destatis

18. Wie gliederten sich in den Oktobermonaten der Jahre 1992, 2005, 2008 und 2010 die als frei gemeldeten Stellen nach folgenden Merkmalen auf: sozialversicherungspflichtige unbefristete Vollzeitstellen/befristete Vollzeitstellen, sozialversicherungspflichtige unbefristete Teilzeitstellen/befristete Teilzeitstellen, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit, Selbständige?

Bei den der BA gemeldeten Arbeitsstellen handelt es sich um Arbeitsstellen mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als sieben Kalendertagen, die bei der BA zur Besetzung gemeldet wurden. Das ist bei der Betrachtung von befristeten Arbeitsstellen zu beachten.

Nicht integraler Bestandteil der gemeldeten Arbeitsstellen sind Arbeitsstellen für Freiberufler und Selbstständige, da diese Arbeitsstellen nicht unter den Begriff der Beschäftigung im Sinne des § 7 SGB IV fallen und Arbeitslose Arbeitsstellen, die mit einem unternehmerischen Risiko verbunden sind, nicht annehmen müssen. In der nachfolgenden Tabelle sind diese Arbeitsstellen daher nachrichtlich erwähnt.

Die Arbeitsstellen umfassen nur ungeförderte Arbeitsstellenangebote am sog. ersten Arbeitsmarkt und setzen sich aus drei Arbeitsstellenarten zusammen: sozialversicherungspflichtige, geringfügige (Minijobs etc.) und sonstige Arbeitsstellen (z. B. Praktikantenarbeitsstellen).

Auswertungen zu gemeldeten Arbeitsstellen aus der Arbeitnehmerüberlassung erfolgen über die Wirtschaftszweigzuordnung (nach WZ 2008 die Bereiche 782 und 783). Dabei ist zu beachten, dass nur die gemeldeten Arbeitsstellen von den Betrieben erfasst werden, deren Tätigkeitsschwerpunkt in dem entsprechenden Wirtschaftszweig der Arbeitsnehmerüberlassung liegt. Da die Zuordnung über den Wirtschaftszweig erfolgt, werden auch Arbeitsstellen der Zeitarbeitsunternehmen erfasst, die dem eigenen Personalbedarf der Stammbelegschaft dienen.

Für den Berichtsmonat Oktober 1992 liegen die Informationen nicht in der gewünschten Differenzierung vor. Für Ende September 1992 können aber als

Annäherung einige Informationen zur Verfügung gestellt werden. Dabei ist zu beachten, dass 1992 alle gemeldeten Arbeitsstellen abweichend auch geförderte Angebote (für den sog. 2. Arbeitsmarkt) umfassen. Nur für das Bundesgebiet West (einschließlich West-Berlin) liegen noch einige weitere Informationen vor. Da ein Ausweis von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstellen 1992 nicht möglich ist, beziehen sich die Ergebnisse zur Arbeitszeit (Vollzeit und Teilzeit) auf alle gemeldeten Arbeitsstellen. Gleiches gilt ebenso für die unbefristeten und befristeten Arbeitsstellen; darunter sind also nicht nur Vollzeitarbeitsstellen, sondern können sich auch Teilzeitarbeitsstellen befinden. Außerdem liegen keine Informationen für 1992 für Arbeitsstellen in der Arbeitnehmerüberlassung oder für selbständige Tätigkeiten vor.

Tabelle 14: Gemeldete Arbeitsstellen

Arbeitsstellenart	Ende September 1992 [1]		Oktober 2005	Oktober 2008	Oktober 2010
	Bundesgebiet West	Bundesgebiet Ost			
Alle gemeldeten Arbeitsstellen	**317.852**	**32.276**	**287.157**	**392.731**	**400.555**
darunter:					
Sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen	**-**	**-**	**252.619**	**365.239**	**367.032**
Vollzeitarbeitsstellen	282.528	-	225.028	315.841	314.215
unbefristete	250.376	-	183.314	256.200	248.169
befristete	67.476	-	39.650	59.641	66.046
Teilzeitarbeitsstellen	35.324	-	27.394	40.085	43.832
unbefristete	-	-	19.364	24.897	26.644
befristete	-	-	7.975	15.188	17.188
Geringfügige Arbeitsstellen	**-**	**-**	**27.424**	**26.490**	**27.025**
Arbeitnehmerüberlassung (WZ 08)	-	-	83.448	135.082	139.772
nachrichtlich:					
Selbständigkeit	-	-	13.745	3.157	2.687

Erstellungsdatum: 16.11.2010, Statistik 524 © Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] Daten liegen 1992 nur für Ende September und nach Bundesgebiet West und Ost getrennt vor. Alle gemeldeten Arbeitsstellen umfassen 1992 auch geförderte Arbeitsstellen, ab 2005 werden nur noch ungeförderten Arbeitsstellen ausgewiesen. Ein separater Ausweise nur sozialversicherungspflichtiger Arbeitsstellen ist 1992 nicht möglich. Entsprechend beziehen sich die Daten für Vollzeit- und Teilzeitarbeitsstellen auf alle gemeldeten Arbeitsstellen. Entsprechendes gilt für die unbefristeten und befristeten Arbeitsstellen, die abweichend auch Teilzeitarbeitsstellen sein können.

19. Wie viele der in den Oktobermonaten der Jahre 1992, 2005, 2008 und 2010 neu besetzten Stellen gliedern sich nach folgenden Merkmalen auf: sozialversicherungspflichtige unbefristete Vollzeitstellen/befristete Vollzeitstellen, sozialversicherungspflichtige unbefristete Teilzeitstellen/befristete Teilzeitstellen, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit, Selbständige?

Die gewünschten Informationen zu den begonnenen Beschäftigungsverhältnissen liegen nur quartalsweise vor. Die aktuellsten Daten reichen bis zum ersten Quartal 2010. Entsprechend wurde auch für die vorangegangenen Zeiträume jeweils das erste Quartal ausgewählt. Für 1992 liegen allerdings keine Informationen vor. Ein Ausweis der begonnenen Beschäftigungsverhältnisse nach den Merkmalen unbefristet/befristet, geringfügige Beschäftigung und Selbständigkeit ist nicht möglich. Auswertungen zur Arbeitnehmerüberlassung erfolgen über die Wirtschaftszweigzuordnung (für 2005 nach WZ 03 der Bereich 74502 und für 2008 und 2010 nach WZ 2008 die Bereiche 782 und 783). Dabei ist zu beachten, dass nur die begonnenen Beschäftigungsverhältnisse von den Betrieben erfasst werden, deren Tätigkeitsschwerpunkt in dem entsprechenden Wirtschaftszweig der Arbeitsnehmerüberlassung liegt. Da die Zuordnung über den Wirtschaftszweig erfolgt, werden auch begonnene Beschäftigungsverhältnisse der Verleihbetriebe erfasst, die dem eigenen Personalbedarf der Stammbelegschaft dienen.

Tabelle 15: Begonnene Beschäftigungsverhältnisse

Merkmal	Begonnene Beschäftigungsverhältnisse[1] jeweils im…			
	1. Quartal 1992	1.Quartal 2005 [2]	1.Quartal 2008 [3]	1.Quartal 2010 [3]
Begonnene Beschäftigungsverhältnisse	-	1.444.227	1.816.358	1.644.923
darunter: Arbeitnehmerüberlassung	-	117.093	217.180	207.825
davon:				
Vollzeitarbeitsstellen	-	1.175.504	1.456.906	1.281.405
darunter: Arbeitnehmerüberlassung	-	111.081	203.341	188.130
Teilzeitarbeitsstellen	-	267.412	358.036	360.605
darunter: Arbeitnehmerüberlassung	-	6.009	13.824	19.650
keine Zurodnung möglich	-	1.311	1.416	2.913
darunter: Arbeitnehmerüberlassung	-	3	15	45

Erstellungsdatum: 16.11.2010, Statistik 524 © Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] Begonnene Beschäftigungsverhältnisse im Sinne der Beschäftigtenstatistik sind die Anmeldungen zu einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis. Mehrfacherfassungen von Beschäftigten sind möglich; Auswertung ohne Auszubildende

[2] Abgrenzung der Arbeitnehmerüberlassung nach Wirtschaftszweigklassifikation WZ 03 (74502).

[3] Abgrenzung der Arbeitnehmerüberlassung nach Wirtschaftszweigklassifikation WZ 08 (782 und 783).

20. Wie hat sich die Erfassung der älteren Arbeitslosen (58 Jahre und älter) in den Angaben der Bundesagentur für Arbeit seit 2005 zum Oktober jährlich verändert, und wie viele dieser Älteren beziehen Leistungen (getrennt nach dem Zweiten und Dritten Buch Sozialgesetzbuch) ohne arbeitslos zu sein (bitte nach Bund und nach Bundesländern angeben)?

Daten zu Arbeitslosen in der Altersgruppe 58 Jahre und älter stehen aus verarbeitungstechnischen Gründen nicht für zugelassene kommunale Träger zur Verfügung. Entsprechend wurden in den Tabellen auch für Arbeitslosengeld-II-Bezieher keine Daten von zugelassenen kommunalen Trägern berücksichtigt. Der aktuelle Datenstand reicht bis Juli 2010. Die zeitliche Entwicklung der Zahl der älteren Arbeitslosen in der Altersgruppe 58 Jahre und älter kann in zwei Phasen unterschieden werden: ein Rückgang von Oktober 2005 bis Oktober 2007 von 158 000 auf 80 000 und ein Anstieg von Oktober 2007 bis Juli 2010 von 80 000 auf 278 000. Dabei hängt die Zunahme von Oktober 2007 bis Juli 2010 vor allem mit dem Auslaufen der vorruhestandsähnlichen Regelungen nach § 428 SGB III, dem § 65 Absatz 4 SGB II und § 252 Absatz 8 SGB VI zusammen. Leicht abgefedert, aber keinesfalls kompensiert wird dieser Effekt durch die Auswirkungen des § 53a SGB II, wonach erwerbsfähige Hilfebedürftige, die nach Vollendung des 58. Lebensjahres mindestens für die Dauer von zwölf Monaten Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende bezogen haben, ohne dass ihnen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angeboten worden ist, nicht mehr als arbeitslos gelten. Diese Personengruppe ist deutlich kleiner als die Personengruppe, die zuvor die alte sog. 58er-Regelung nach § 428 SGB III, § 65 Absatz 4 SGB II und § 252 Absatz 8 SGB VI in Anspruch nahm.

Von Oktober 2007 bis Juli 2010 hat die Zahl der Arbeitslosengeldempfänger um 52 000 abgenommen und die Zahl der Arbeitslosengeld-II-Bezieher um 69 000 zugenommen. Der Anstieg der Arbeitslosenzahl von 198 000 geht also mit einem vergleichsweise geringen Anstieg bei den Leistungsempfängern einher. Entsprechend haben sich die Zahlen der nichtarbeitslosen Leistungsempfänger deutlich verringert und die der arbeitslosen Leistungsempfänger ebenso deutlich erhöht.

Tabelle 16: Arbeitslosigkeit und Lohnersatzleistungen Älterer ab 58 Jahren Deutschland und Westdeutschland

Land	Zeit	Arbeitslose [1]			Leistungsempfänger					
					davon Empfänger von					
					Arbeitslosengeld (Alg) [2]			Arbeitslosengeld II (Alg II) [3]		
		Insgesamt	davon		Insgesamt	davon		Insgesamt	davon	
			SGB III	SGB II		Arbeitslose	Nicht-arbeitslose		arbeitslose eHb	nicht-arbeitslose eHb
		absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
Deutschland	Oktober 2005	158.254	81.709	76.545	276.652	40.578	236.074	247.912	67.361	180.551
	Oktober 2006	137.954	75.147	62.807	275.269	28.113	247.156	300.232	57.993	242.239
	Oktober 2007	80.076	38.035	42.041	226.465	18.598	207.867	335.641	39.136	296.505
	Oktober 2008	155.419	91.297	64.122	150.116	65.993	84.123	369.332	61.987	307.345
	Oktober 2009	234.170	155.724	78.446	162.257	117.731	44.526	389.842	74.411	315.431
	Juli 2010	277.590	192.790	84.800	174.925	151.021	23.904	404.775	79.715	325.060
Westdeutschland	Oktober 2005	116.960	56.740	60.220	191.244	28.020	163.224	172.218	51.737	120.481
	Oktober 2006	102.584	52.688	49.896	192.530	20.483	172.047	210.140	45.513	164.627
	Oktober 2007	57.541	25.904	31.637	162.275	13.098	149.177	232.718	29.289	203.429
	Oktober 2008	106.364	62.271	44.093	108.874	46.854	62.020	252.831	42.416	210.415
	Oktober 2009	157.996	107.014	50.982	117.986	84.455	33.531	264.431	48.252	216.179
	Juli 2010	191.799	135.237	56.562	128.476	110.381	18.095	272.903	53.119	219.784
Schleswig-Holstein	Oktober 2005	4.976	2.692	2.284	9.788	1.453	8.335	9.737	2.201	7.536
	Oktober 2006	4.135	2.465	1.670	9.579	1.037	8.542	10.785	1.483	9.302
	Oktober 2007	2.461	1.454	1.007	7.867	727	7.140	11.743	920	10.823
	Oktober 2008	4.975	3.070	1.905	5.228	2.385	2.843	12.659	1.821	10.838
	Oktober 2009	6.636	4.641	1.995	5.433	3.792	1.641	13.182	1.911	11.271
	Juli 2010	8.316	5.979	2.337	5.786	4.905	881	13.614	2.206	11.408
Hamburg	Oktober 2005	5.341	1.663	3.678	5.335	959	4.376	11.380	3.565	7.815
	Oktober 2006	4.651	1.501	3.150	5.086	720	4.366	12.256	2.933	9.323
	Oktober 2007	2.221	539	1.682	4.107	342	3.765	13.150	1.607	11.543
	Oktober 2008	3.322	1.522	1.800	2.776	1.201	1.575	14.111	1.744	12.367
	Oktober 2009	4.588	2.710	1.878	2.790	2.071	719	14.562	1.748	12.814
	Juli 2010	4.867	3.065	1.802	2.940	2.423	517	14.816	1.752	13.064
Niedersachsen	Oktober 2005	10.628	5.868	4.760	22.763	2.746	20.017	18.946	4.248	14.698
	Oktober 2006	10.667	6.318	4.349	23.048	2.353	20.695	23.087	4.063	19.024
	Oktober 2007	6.901	3.616	3.285	19.494	1.717	17.777	25.566	3.082	22.484
	Oktober 2008	13.006	7.814	5.192	13.199	5.779	7.420	28.558	5.082	23.476
	Oktober 2009	18.971	13.045	5.926	14.173	10.250	3.923	30.147	5.636	24.511
	Juli 2010	23.359	16.546	6.813	15.714	13.464	2.250	31.337	6.474	24.863
Bremen	Oktober 2005	1.746	626	1.120	1.998	335	1.663	4.667	1.049	3.618
	Oktober 2006	1.172	541	631	1.841	200	1.641	5.079	573	4.506
	Oktober 2007	938	268	670	1.531	132	1.399	5.435	595	4.840
	Oktober 2008	1.538	574	964	1.015	445	570	5.718	925	4.793
	Oktober 2009	1.878	937	941	1.072	761	311	5.958	884	5.074
	Juli 2010	2.218	1.125	1.093	1.165	964	201	6.161	1.052	5.109
Nordrhein-Westfalen	Oktober 2005	41.834	17.884	23.950	53.795	8.160	45.635	55.408	18.927	36.481
	Oktober 2006	37.836	16.168	21.668	54.577	6.057	48.520	70.766	19.576	51.190
	Oktober 2007	20.064	6.870	13.194	45.577	3.653	41.924	79.929	12.275	67.654
	Oktober 2008	35.440	18.026	17.414	29.797	13.241	16.556	87.096	16.728	70.368
	Oktober 2009	47.634	29.403	18.231	32.454	22.395	10.059	91.216	17.328	73.888
	Juli 2010	58.419	38.506	19.913	35.940	30.639	5.301	94.659	18.653	76.006
Hessen	Oktober 2005	9.765	5.450	4.315	17.139	2.879	14.260	11.865	4.149	7.716
	Oktober 2006	8.224	4.873	3.351	17.235	2.131	15.104	13.390	3.101	10.289
	Oktober 2007	4.812	2.112	2.700	14.503	1.153	13.350	14.656	2.394	12.262
	Oktober 2008	8.437	5.394	3.043	9.697	4.254	5.443	16.103	2.923	13.180
	Oktober 2009	12.079	8.461	3.618	10.297	7.107	3.190	16.654	3.428	13.226
	Juli 2010	15.386	10.992	4.394	10.880	9.386	1.494	16.932	4.116	12.816
Rheinland-Pfalz	Oktober 2005	4.274	2.260	2.014	9.873	1.175	8.698	10.241	1.991	8.250
	Oktober 2006	3.961	2.167	1.794	9.918	827	9.091	11.681	1.642	10.039
	Oktober 2007	2.675	1.336	1.339	8.456	635	7.821	13.152	1.246	11.906
	Oktober 2008	6.208	3.843	2.365	6.225	2.755	3.470	14.569	2.292	12.277
	Oktober 2009	9.339	6.241	3.098	6.839	4.585	2.254	15.475	2.933	12.542
	Juli 2010	11.350	7.936	3.414	7.313	6.170	1.143	16.045	3.161	12.884
Baden-Württemberg	Oktober 2005	15.057	8.193	6.864	29.450	3.779	25.671	17.603	5.176	12.427
	Oktober 2006	11.090	6.522	4.568	29.044	2.401	26.643	26.220	4.143	22.077
	Oktober 2007	5.653	3.247	2.406	24.932	1.691	23.241	28.476	2.241	26.235
	Oktober 2008	13.844	9.339	4.505	17.005	7.054	9.951	30.748	4.277	26.471
	Oktober 2009	24.297	18.187	6.110	19.240	14.673	4.567	32.284	5.755	26.529
	Juli 2010	29.148	22.402	6.746	21.167	18.445	2.722	33.364	6.318	27.046
Bayern	Oktober 2005	22.080	11.411	10.669	39.157	6.246	32.911	28.611	9.866	18.745
	Oktober 2006	19.577	11.331	8.246	39.945	4.507	35.438	32.608	7.586	25.022
	Oktober 2007	10.965	6.023	4.942	33.743	2.848	30.895	35.729	4.555	31.174
	Oktober 2008	17.978	11.792	6.186	22.527	9.109	13.418	37.936	5.949	31.987
	Oktober 2009	29.933	21.693	8.240	24.146	17.606	6.540	39.370	7.759	31.611
	Juli 2010	35.554	26.640	8.914	25.718	22.363	3.355	40.169	8.319	31.850

Land	Zeit	Arbeitslose [1]			Leistungsempänger davon Empfänger von Arbeitslosengeld (Alg) [2]			Arbeitslosengeld II (Alg II) [3]		
		Insgesamt	davon SGB III	davon SGB II	Insgesamt	davon Arbeitslose	davon Nicht-arbeitslose	Insgesamt	davon arbeitslose eHb	davon nicht-arbeitslose eHb
		absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
Saarland	Oktober 2005	1.259	693	566	1.946	288	1.658	3.760	565	3.195
	Oktober 2006	1.271	802	469	2.257	250	2.007	4.268	413	3.855
	Oktober 2007	851	439	412	2.065	200	1.865	4.882	374	4.508
	Oktober 2008	1.616	897	719	1.405	631	774	5.333	675	4.658
	Oktober 2009	2.641	1.696	945	1.542	1.215	327	5.583	870	4.713
	Juli 2010	3.182	2.046	1.136	1.853	1.622	231	5.806	1.068	4.738

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] Daten aus den IT-Fachverfahren der BA ohne zugelassene kommunale Träger (zkT).

[2] Deutschland incl. der Personen, die Arbeitslosengeld (SGB III) im Ausland beziehen.

[3] Daten aus dem Leistungsgewährungsverfahren A2LL ohne zugelassene kommunaler Träger (zkT). Die Daten für arbeitslose eHb stimmen nicht mit denen der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II überein, wegen zeitverzögerter Erfassung und kurzzeitigen Leistungsunterbrechungen.

Tabelle 17: Arbeitslosigkeit und Lohnersatzleistungen Älterer ab 58 Jahren Deutschland und Ostdeutschland

Land	Zeit	Arbeitslose [1]			Leistungsempänger davon Empfänger von Arbeitslosengeld (Alg) [2]			Arbeitslosengeld II (Alg II) [3]		
		Insgesamt	davon SGB III	davon SGB II	Insgesamt	davon Arbeitslose	davon Nicht-arbeitslose	Insgesamt	davon arbeitslose eHb	davon nicht-arbeitslose eHb
		absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
Deutschland	Oktober 2005	158.254	81.709	76.545	276.652	40.578	236.074	247.912	67.361	180.551
	Oktober 2006	137.954	75.147	62.807	275.269	28.113	247.156	300.232	57.993	242.239
	Oktober 2007	80.076	38.035	42.041	226.465	18.598	207.867	335.641	39.136	296.505
	Oktober 2008	155.419	91.297	64.122	150.116	65.993	84.123	369.332	61.987	307.345
	Oktober 2009	234.170	155.724	78.446	162.257	117.731	44.526	389.842	74.411	315.431
	Juli 2010	277.590	192.790	84.800	174.925	151.021	23.904	404.775	79.715	325.060
Ostdeutschland	Oktober 2005	41.294	24.969	16.325	85.289	12.539	72.750	75.694	15.624	60.070
	Oktober 2006	35.370	22.459	12.911	82.604	7.605	74.999	90.092	12.480	77.612
	Oktober 2007	22.535	12.131	10.404	64.063	5.494	58.569	102.923	9.847	93.076
	Oktober 2008	49.055	29.026	20.029	41.166	19.112	22.054	116.501	19.571	96.930
	Oktober 2009	76.174	48.710	27.464	44.194	33.241	10.953	125.411	26.159	99.252
	Juli 2010	85.791	57.553	28.238	46.319	40.585	5.734	131.872	26.596	105.276
Berlin	Oktober 2005	11.790	4.990	6.800	13.253	2.830	10.423	24.785	6.488	18.297
	Oktober 2006	8.688	4.213	4.475	11.732	1.691	10.041	28.091	4.385	23.706
	Oktober 2007	5.416	2.225	3.191	9.080	1.066	8.014	31.267	3.003	28.264
	Oktober 2008	9.207	4.287	4.920	6.347	2.843	3.504	34.229	4.731	29.498
	Oktober 2009	13.143	5.928	7.215	5.696	4.194	1.502	35.753	6.719	29.034
	Juli 2010	14.455	6.842	7.613	5.863	4.968	895	37.302	7.085	30.217
Brandenburg	Oktober 2005	5.741	4.075	1.666	12.346	2.031	10.315	7.202	1.491	5.711
	Oktober 2006	4.883	3.344	1.539	11.396	1.160	10.236	8.768	1.453	7.315
	Oktober 2007	3.312	1.942	1.370	8.930	869	8.061	10.027	1.300	8.727
	Oktober 2008	7.358	4.866	2.492	5.891	2.857	3.034	11.433	2.466	8.967
	Oktober 2009	11.416	8.250	3.166	6.287	4.961	1.326	12.580	3.004	9.576
	Juli 2010	12.705	9.584	3.121	6.834	6.100	734	13.375	2.954	10.421
Mecklenburg-Vorpommern	Oktober 2005	3.548	2.393	1.155	7.520	1.328	6.192	6.737	1.123	5.614
	Oktober 2006	3.512	2.657	855	7.521	864	6.657	8.447	912	7.535
	Oktober 2007	2.071	1.361	710	6.012	538	5.474	9.893	669	9.224
	Oktober 2008	4.731	2.896	1.835	4.312	2.077	2.235	11.299	1.802	9.497
	Oktober 2009	7.301	4.794	2.507	4.503	3.319	1.184	12.485	2.359	10.126
	Juli 2010	8.083	5.774	2.309	4.774	4.161	613	13.310	2.184	11.126
Sachsen	Oktober 2005	9.403	6.160	3.243	23.391	2.886	20.505	17.997	3.188	14.809
	Oktober 2006	8.503	5.661	2.842	22.822	1.664	21.158	20.917	2.678	18.239
	Oktober 2007	5.397	3.167	2.230	18.301	1.404	16.897	24.048	2.168	21.880
	Oktober 2008	13.165	8.016	5.149	11.856	5.335	6.521	27.953	5.075	22.878
	Oktober 2009	22.289	14.653	7.636	13.455	10.336	3.119	30.498	7.446	23.052
	Juli 2010	24.995	17.047	7.948	13.725	12.195	1.530	32.035	7.543	24.492
Sachsen-Anhalt	Oktober 2005	5.847	3.965	1.882	15.940	2.039	13.901	10.318	1.817	8.501
	Oktober 2006	4.928	3.194	1.734	15.851	1.333	14.518	13.402	1.642	11.760
	Oktober 2007	3.352	1.663	1.689	11.287	839	10.448	15.568	1.580	13.988
	Oktober 2008	7.409	4.332	3.077	6.365	2.934	3.431	17.940	3.011	14.929
	Oktober 2009	10.729	7.574	3.155	7.061	5.124	1.937	19.356	3.087	16.269
	Juli 2010	12.812	9.234	3.578	7.464	6.485	979	20.414	3.360	17.054

Land	Zeit	Arbeitslose [1)]			Leistungsempänger					
					davon Empfänger von					
					Arbeitslosengeld (Alg) [2)]			Arbeitslosengeld II (Alg II) [3)]		
		Insgesamt	davon		Insgesamt	davon		Insgesamt	davon	
			SGB III	SGB II		Arbeitslose	Nicht-arbeitslose		arbeitslose eHb	nicht-arbeitslose eHb
		absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut	absolut
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
Thüringen	Oktober 2005	4.965	3.386	1.579	12.839	1.425	11.414	8.655	1.517	7.138
	Oktober 2006	4.856	3.390	1.466	13.282	893	12.389	10.467	1.410	9.057
	Oktober 2007	2.987	1.773	1.214	10.453	778	9.675	12.120	1.127	10.993
	Oktober 2008	7.185	4.629	2.556	6.395	3.066	3.329	13.647	2.486	11.161
	Oktober 2009	11.296	7.511	3.785	7.192	5.307	1.885	14.739	3.544	11.195
	Juli 2010	12.741	9.072	3.669	7.659	6.676	983	15.436	3.470	11.966

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1)] Daten aus den IT-Fachverfahren der BA ohne zugelassene kommunale Träger (zkT).

[2)] Deutschland incl. der Personen, die Arbeitslosengeld (SGB III) im Ausland beziehen.

[3)] Daten aus dem Leistungsgewährungsverfahren A2LL ohne zugelassene kommunaler Träger (zkT). Die Daten für arbeitslose eHb stimmen nicht mit denen der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II überein, wegen zeitverzögerter Erfassung und kurzzeitigen Leistungsunterbrechungen.

21. Wie hoch wären die geschätzten jährlichen Mehreinnahmen für Sozialversicherungen und an Steuern, würde man für das Jahr 2010 die Beschäftigungsstruktur des Jahres 1992 zugrunde legen?

Eine Bestimmung rechnerischer Mehr- oder Mindereinnahmen, für die wichtige strukturelle und konjunkturelle Veränderungen über annähernd zwei Dekaden ignoriert werden sollen, kann nur unter stark hypothetischen Annahmen erfolgen und ist wenig aussagekräftig. Die Bundesregierung führt solche Berechnungen nicht durch.

22. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Entwicklung atypischer Beschäftigung, und ist es ein Ziel der Bundesregierung, diese Form der unsicheren und schlechtbezahlten Beschäftigung voranzutreiben?

Es wird verwiesen auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sabine Zimmermann u. a. Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE. „Ausbreitung atypischer Beschäftigungsverhältnisse und Anforderungen an die Politik“ (Bundestagsdrucksache 17/2790).

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333